

Information über die Sitzung des Sozialausschusses am 9. März 2004

Anfrage

Bürgermeister Ewald Ledig erklärt auf Anfrage, dass der Sozialausschuss als Fachausschuss im Rahmen seiner Befugnisse Beschlüsse fassen und Empfehlungen aussprechen kann. Den Sozialausschuss wird es weiterhin geben, weil die Verwaltung Fachausschüsse braucht. Nach wie vor kann der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Gemeinderat in gleicher Sache aber andere Entscheidungen treffen.

Jahresbericht Kindertagesstätte Haus des Kindes "Im Mandelgraben"

Der Bericht der Leiterin des Haus des Kindes „Im Mandelgraben“ für das Jahr 2003 liegt vor und wird zur Diskussion gestellt.

Es wird angeregt, dem Ausschuss den Kindertagesstättenbedarfsplan des Rhein-Pfalz-Kreises mit vorzulegen.

Es ist beabsichtigt, ab dem Kindergartenjahr 2004/2005 das Hortplatzangebot von 16 auf 20 zu erhöhen, da in diesem Bereich ein ständig steigender Bedarf besteht. Die Kriterien zur Vergabe der Hort-, Krippen- und Ganztagsplätze werden erläutert. Bei den Wünschen bezüglich der Räumlichkeiten des Hauses wird, so Bürgermeister Ewald Ledig, das machbare getan. Der Einrichtung wird Lob ausgesprochen.

Jahresbericht des Seniorenkreises

Der Bericht des Leiters des Seniorenkreises für das Jahr 2003 liegt vor und wird zur Diskussion gestellt.

Ulrike Hottenträger, stellvertretende Sprecherin des Seniorenkreises, erklärt, dass in der Einrichtung rundum Zufriedenheit herrscht. Kleinigkeiten wurden von Seiten des Seniorenkreises selbst angeschafft. Sie bittet die Heizungsanlage prüfen zu lassen, weil dort bei sehr kalten Temperaturen Probleme aufgetreten sind.

Sie dankt der Verwaltung und den Besuchern.

Jahresbericht der gemeindlichen Sozialarbeiterin

Der Bericht der gemeindlichen Sozialarbeiterin für das Jahr 2003 liegt vor und wird zur Diskussion gestellt.

Für die im Rhein-Pfalz-Kreis einmalige Installation einer gemeindlichen Sozialarbeiterin wird der Verwaltung ebenso gedankt wie der Sozialarbeiterin.

Bürgermeister Ewald Ledig stellt dazu fest, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung der Verwaltung handelt.

Handlungs- und Umsetzungskonzept "Barrierefreiheit"; Bestellung eines Behindertenbeauftragten

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 15.07.2003 beschlossen, dass die Verwaltung ein Handlungskonzept zur schrittweisen Umsetzung des Gebots der „Barrierefreiheit“ an und in öffentlichen Gebäuden der Gemeinde vorlegt und dass dazu ein Behindertenbeauftragter bestellt wird. Mit Schreiben vom 04.11.2003 wurde die gemeindliche Sozialarbeiterin Gabriele Kercher zur Behindertenbeauftragten bestellt. Gabriele Kercher übt die Tätigkeit in Personalunion mit ihrer Funktion als Vertrauensfrau für Schwerbehinderte bei der Gemeindeverwaltung aus. Die Bestellung erfolgt auf Initiative der SPD-Fraktion und ist Ausfluss gesetzlicher Vorschriften. Dazu nachfolgende Ausführungen:

„Barrierefreiheit“ bedeutet, Benachteiligungen von behinderten Menschen zu beseitigen und zu verhindern sowie ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Dies betrifft z.B. bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen. Die Einrichtungen sollen ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar zugänglich und nutzbar sind.

Unter anderem haben auch die Behörden der Gemeinden im Rahmen des jeweiligen

Das gemeindliche Bauamt hat ein Bestandsverzeichnis der im Gemeindebereich befindlichen öffentlichen Gebäude in Mutterstadt gefertigt, auf Grund dessen die Behindertenbeauftragte bis Jahresende bzw. bis zu den Haushaltsberatungen 2005 eine Prioritätsliste vorlegen. Wegen der derzeitige Haushaltslage wird die Verwirklichung jedoch nur schrittweise möglich sein.

Jahresbericht Jugendtreff

Der Bericht des Jugendtreffs für das Jahr 2003 liegt vor und wird zur Diskussion gestellt. Fragen zur Hausaufgabenhilfe, der Mädchengruppe, dem Kochkurs, Verwaltung und Vermietung des Jugendtreffbusses werden beantwortet. Die Jugendtreffleitung stellt fest, dass durch den Wegfall der Honorarkräfte und des Zivildienstleistenden qualifizierte Arbeit in diesen Bereichen nicht mehr wie erforderlich und gewohnt angeboten werden könne.

Dass die Kosten des Busses und dessen Unterhaltung im Haushaltsansatz des Jugendtreff ihren Niederschlag findet, soll geklärt werden. Allerdings mussten wegen der finanziellen Situation auch im Jugendtreff Mittel gekürzt werden.

Die CDU-Fraktion ist mit der geleisteten Arbeit insgesamt nicht ganz zufrieden, insbesondere weil die angebotenen Gespräche von Seiten der Fraktion und die damit verbundene Chance zur Verbesserung der Arbeit nicht gesucht worden ist.

Die Anregung durch einen Aufruf, z. B. im Amtsblatt, ehrenamtliche Helfer für bestimmte Aufgaben zu gewinnen wird im Ausschuss einhellig begrüßt.

Es wird angemerkt, dass Mehreinnahmen künftig nicht mehr für Mehrausgaben zur Verfügung stehen. Dies können zu einem Motivationsproblem führen. Die Gemeinde hat in den Jugendtreff viel investiert und deshalb soll der Betrieb auch qualitativ mit Inhalt erfüllt werden. Kritisiert wird, dass die vorgelegten Benutzerzahlen angezweifelt werden.

Den beiden hauptamtlichen Kräften wird bestätigt, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Jugendlichen annehmen und anpassen.